

In der Corona-Krise wurden (und werden noch immer) Massnahmen zum Schutz der öffentlichen Gesundheit ergriffen mit tiefgreifenden Veränderungen des Alltags und des gesellschaftlichen Zusammenlebens (Bass-Studie, BAG, November 2020). Dies bedeutet eine besondere Herausforderung für die psychische Gesundheit. Während der Corona-Pandemie – und auch über die Schutzmassnahmen andauernd – verändern sich die Stressoren wie finanzielle Belastungen, Einsamkeit, familiäre Konflikte und viele mehr. Und die Schutzfaktoren nehmen ab, bewährte Strategien zur Stressbewältigung sind zurzeit nicht mehr möglich – beispielsweise der Austausch im Freundeskreis.

Es gibt bereits erste Hinweise, dass bereits vor der Pandemie gefährdete Personen besonders von dieser Krise betroffen sind, da einerseits die Stressoren höher sind, und die verfügbaren Ressourcen, diese zu bewältigen, stark eingeschränkt sind. Die Studie zeigt aber bereits heute, dass gerade auch junge Menschen von den Auswirkungen stärker betroffen sind.

Im Rahmen des nationalen Aktionstages vom BAG wird am 10. Dezember 2020 zu diesem Thema "darüber reden. Hilfe finden" sensibilisiert und informiert.

Die Interpellantin bitten den Regierungsrat um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Wie schätzt der Kanton die psychische Gesundheit der Bevölkerung im Kanton Basel-Stadt ein? Welche Gefahren sieht er während dieser herausfordernden Corona-Pandemie (in Bezug auf die psychische Gesundheit)?
2. In welcher Form beteiligt sich der Kanton am nationalen Aktionstag vom 10. Dezember 2020?
3. Plant der Kanton eigens eine Sensibilisierungs- und Präventionskampagne (Primärprävention)? Falls nicht, welche Massnahmen ergreift er um die psychische Gesundheit der Bevölkerung zu stärken?
4. Welche Massnahmen ergreift der Kanton um besonders benachteiligte Personen und Risikogruppen zu erreichen (Sekundärprävention)?
5. Welche Massnahmen zur Förderung der psychischen Gesundheit bei jungen Personen ergreift der Kanton? Welche Rolle übernehmen dabei die Schulen?

Sarah Wyss